



ARGUS INTERNATIONAL DE LA PRESSE

INTERNATIONALER ARGUS DER PRESSE

INTERNATIONAL PRESS CUTTING SERVICE

ZÜRICH TEL. (051) 27 99 12/27 18 77 GENÈVE TEL. (022) 32 54 10

Der Oberthurgauer, Arbon

21. Jan. 1959

Unzulässiger Angriff auf die Schweiz

Lügen am Londoner Anti-Atomkongress

8415
(pk.) In London hat letzte Woche jener «Europäische Kongress gegen atomare Bewaffnung» stattgefunden, der von den Veranstaltern für den vergangenen Sommer in Basel vorgesehen war, dann aber vom Bundesrat verboten wurde. Wie gut unsere Landesregierung damals beraten war, zeigt sich heute erneut, indem nämlich in London die gleichen lügnerischen Angriffe lanciert wurden wie zuvor. So verstieg sich der englische Philosoph Lord Bertrand Russell unter anderem zu der folgenden Behauptung: «Wie Sie alle wissen, war der Grund, weshalb uns die Durchführung unseres geplanten Kongresses in Basel verboten wurde, dass die bisher neutrale Schweiz H-Bomben anzuschaffen wünscht».

Das war und ist eine doppelte Unwahrheit! Unser allzu früh verstorbener Justizminister Bundesrat Feldmann hat anlässlich des Verbotes des Basler Kongresses vom 5./6. Juli 1958 in einer amtlichen Mitteilung festgestellt, dass die Absicht der Veranstalter auf eine Einmischung in Angelegenheiten der Schweiz hinauslaufe, indem man nicht nur die internationale Verhinderung der Abgabe von Atomwaffen an Länder wie die Schweiz beabsichtige, sondern sich direkt in die schweizerische Wehrpolitik einmischen wolle. Genau das war in Basel geplant, und wenn der Bundesrat sich dagegen zur Wehr setzte, so hatte das mit dem Gastrecht gegenüber ausländischen Kongressen überhaupt nichts zu tun, umso mehr aber mit der Wahrung unserer Neutralität.

Lord Russell hat in London noch eine zweite Unwahrheit aufgewärmt, wenn er den Eindruck erwecken wollte, als ob der Bundesrat die Anschaffung von H-Bomben beschlossen hätte.

Falls der englische Philosoph sich überhaupt um die schweizerische Wehrpolitik bekümmert hat, so müsste er genau wissen, dass bei uns nie von H-Bomben die Rede war. Vielmehr hat der Bundes-

rat lediglich das Militärdepartement beauftragt, sämtliche Fragen zu prüfen, die sich mit der eventuellen Anschaffung von taktischen Atomwaffen für unser Land stellen könnten.

Ratschläge hierüber von ausländischer Seite brauchte unsere Landesregierung nicht und sie hat sich dies denn auch in unmissverständlicher Form verboten, eben durch das Verbot des Basler Kongresses. Lord Russell sollte es deshalb mit der Wahrheit nicht so genau nehmen, wie man das von einem Nobelpreisträger erwarten darf!

Aber nicht nur die Entgleisung eines Ausländers sei hier gebrandmarkt, sondern auch die Verunglimpfung der Schweiz durch Schweizer. Der Kommunist Buchbinder hatte die Frechheit, in London als «Delegierter der Schweiz» aufzutreten, also dergleichen zu tun, als ob unser Land für eine ausländische Einmischung geradezu dankbar wäre. Beinahe noch schlimmer — weil von einem bisher sehr angesehenen Theologen ausgegangen — war indessen die Botschaft von Professor Karl Barth, die nichts anderes als ein Aufruf zur Militärdienstweigerung war. Mag sein, dass der gelehrte Herr dies bestreitet, indem er behauptet, er habe mit diesem Gedanken nur ein subtiles Spiel getrieben, nämlich für den Fall, dass das Schweizervolk nichts von zweideutigen Bekenntnissen wissen will. Wie dem auch sei, Professor Barth hat sich somit als Staatsbürger das schlechteste Zeugnis ausgestellt. Der Mann, der sich in seinem «Brief an einen Pfarrer in der deutschen demokratischen Republik» zur Loyalität gegenüber der kommunistischen Despotie bekennt, zögert nicht, die gleiche Loyalität zu verweigern, wo es um die Existenz des demokratischen Staates geht. Schon vor Karl Barth gab es Intellektuelle, welche — von Joliot-Curie bis André Bonnard — das vom Osten bedrohte Abendland kaltblütig im Stiche liessen. Es ist unvermeidlich, sie bei ihren Worten zu behaften.